

Volksrecht

für Schlesien

Organ für die werklätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 1,50 Mk., auswärts 1,80 Mk., Einzelgen unter 2 Zeilen 4,50 Mk., Familienanzeigen 0,70 Mk., Stellenangeboten, Ehekündigungen, Verlobungen, und Wohnungs-Anzeigen 4,50 Mk., kleine Anzeigen pro Wort 0,50 Mk., das feste Wort 1,00 Mk., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Grapenstraße Nr. 6, durch die Zweigstelle, Zigarengeschäft Kretschmer, Marktstraße 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. Wöchentlich 3,50 Mk., monatlich 14.— Mk., vierteljährlich 42.— Mk., halbjährlich 84.— Mk., jährlich 168.— Mk.

Kapitalistische Front gegen die Sozialisierung.

Brauns Breslauer Messerrede.

In seiner Rede auf dem Festmahl der Breslauer Messe hat sich der preussische Ministerpräsident Genosse Braun für ein ungeteiltes Schlesien als festes Glied des preussischen Staatsgefüges ausgesprochen. Er hat damit eine Frage berührt, über die innerhalb unserer Partei durchaus keine Einigkeit besteht. Die an Preußen arbeitenden, stehen wohl zumeist auf dem Standpunkt des Genossen Braun, während der andere Teil unserer Genossen durch eine entsprechende Zergliederung Preußens besser zur Reichseinheit zu kommen hofft. Die „Volksrecht“ steht auf dem letzteren Standpunkt, und hat ihn wiederholt vertreten. Er wird auch von Genossen Löbe geteilt, während Genosse Scholich der Ansicht Brauns zuneigt. An sich wäre es uns lieber gewesen, wenn Braun die oberste Autonomiefrage nicht berührt hätte, müssen doch zunächst unsere oberste Autonomiefrage nicht berührt werden, müssen doch zunächst unsere oberste Autonomiefrage nicht berührt werden, müssen doch zunächst unsere oberste Autonomiefrage nicht berührt werden.

Nach einem Drahtbericht unseres Berliner Büros nimmt der „Vorwärts“ heute ebenfalls bereits zu der Rede des Genossen Braun Stellung und sagt u. a.:

„Ob das Werden des nun angedachten Einheitsstaates durch eine mehr mechanische Verschlingung der Verwaltungseinheit Preußens oder durch einen organischen Ausbau der provinziellen Selbstverwaltung und entsprechendem Ausbau der preussischen Zentralgewalt gefördert wird, ist zum mindesten eine offene Frage, die mit ruhiger Überlegung entschieden werden muß. Wie immer man diese Frage entscheidet, so wird man den Standpunkt, den die preussische Regierung zu ihm einnimmt, zum mindesten begreiflich finden. Dadurch wird das Recht der Bevölkerung nicht angetastet.“

Auch die „Freiheit“ nimmt zu der Rede des Genossen Braun Stellung und schreibt:

Vom sozialistischen Standpunkt aus kann man dem preussischen Ministerpräsidenten nur darin beifügen, daß wir nicht die Zerstückelung, sondern die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte brauchen. Die Autonomie Ober-Schlesiens hat ihren Sinn verloren, nachdem ein so erheblicher Teil des Gebietes den Preußen zugesprochen worden ist. Man kann es begreifen, daß die kapitalistischen Kreise in dem deutsch-schlesischen Ober-Schlesien die politische und wirtschaftliche Lösung vom Reich wünschen und daß sie dadurch in den hieral orientierten Schichten der Bevölkerung Unterstützung finden. Die Arbeiterklasse aber überblickt das alles mit Interesse, daß ihr Gebiet als vollwertiges und gleichberechtigtes Glied dem Reich erhalten bleibt und daß es nicht kapitalistischem und hieraltem Eigenmut zur Beherrschung überantwortet wird. Freilich darf man sich dabei nicht vorstellen, daß die alten Zeiten kapitalistischer Verfolgungssucht wiederkehren sollen. Der nationalen Minderheit muß völlige Gleichberechtigung zugesprochen, mit den sozialen und kulturellen Rückständigkeit des Landes muß aufgeräumt werden. Nur wenn der alte Preußengeist in Ober-Schlesien wieder zur Vorkherrschaft gelangen sollte, werden alle Bemühungen, auch den polnisch sprechenden Teil Ober-Schlesiens an das Reich zu fesseln, vergeblich sein.“

Die Sozialisierungsfeinde am Wert.

Im Reichshaushaltsplan für 1920 waren für die Sozialisierungs-Kommission 720 000 Mark eingelegt, im Jahre 1921 waren es nur 516 000 Mark, und auch in dem diesjährigen Reichshaushaltsplan sind trotz der großen Geldentwertung nur 516 000 Mark für die Sozialisierungs-Kommission vorgesehen. Selbst diese Summe ist aber den Gegnern einer wissenschaftlichen Untersuchung der Sozialisierungsgedanken eine Ungehörlichkeit. Am Montag gab es im Hauptsaal des Reichstages eine Aussprache, die wenigstens das eine Verdienst hatte, deutlich zu zeigen, daß alle bürgerlichen Parteien mehr oder weniger der Sozialisierungs-Kommission den Tod wünschen. Der Deutsche Volksparteiler Richter begann den Vorstoß, ihm antwortete zunächst der Unabhängige Dr. Herz, der nebenbei darauf hinwies, daß unter den 27 Mitgliedern der Sozialisierungs-Kommission nur 10 Sozialisten sind. Trotz dieser ungünstigen Zusammenstellung trat der unabhängige Redner für den Fortbestand der Sozialisierungs-Kommission ein. Wiffel (SPD.) wandte sich in einer sehr entschiedenen Rede gegen die Anträge, die eine Streichung oder Herabsetzung der für die Sozialisierungs-Kommission geforderten Summe bezwecken. Diese Anträge würden den Millionen Arbeitern und Angestellten, die sich mit Sozialisierungsfragen beschäftigen, zeigen, daß die bürgerlichen Parteien eine objektive, wissenschaftliche Untersuchung dieser Probleme nicht wünschen. Der wissenschaftliche Wert der Untersuchungen der Sozialisierungs-Kommission werde von der Wissenschaft allgemein anerkannt. Es sei für die Sozialdemokratie politisch unertragbar, wenn durch Streichungen der Mittel die Arbeit der Sozialisierungs-Kommission unmöglich gemacht werde. Neben dem Demokraten Dr. Bachaule und dem Deutschnationalen Schlich machte auch der Zentrumsabgeordnete Erling, ein Arbeitervertreter aus seiner Feindschaft gegen die Sozialisierungs-Kommission kein Hehl. Sie meinten, der betreffende Ausschuss des Reichswirtschaftsrates könne die Sozialisierungsfragen nebenher mit erledigen. Aufhäuser (Unabh.) beehrte die dahin, daß der Reichswirtschaftsrat wohl einen sozialpolitischen Ausschuss, aber keinen Sozialisierungs-Ausschuss habe. Er sei

übrigens eine Interessenvertretung, und keine wissenschaftliche Arbeitskommission, wie die Sozialisierungs-Kommission. Eben erst habe man dieser die Frage der Defonamierung der Eisenbahnen und der Post überlassen. Nun wolle man ihr die Arbeit unmöglich machen. Die Mitglieder der Sozialisierungs-Kommission erhielten ganze 600 Mark monatlich, also eine Entschädigung, die zu ihrer Arbeit in gar keinem Verhältnis steht. Die Sozialisierungs-Kommission sei die bescheidene Erfüllung des letzten der acht Punkte, die seinerzeit nach dem Rapp-Buch von der Arbeiterklasse aufgestellt worden seien. Es werde wie eine Fanzare wirken, wenn man nun auch diesen Rest der Bedingungen nicht erfüllen wolle. Staatssekretär Hirsch erklärte, daß es in der Tat im Reichswirtschaftsrat keine Sozialisierungs-Kommission gebe. Auch könne der Reichswirtschaftsrat bei seiner Überlastung sich nicht mit exakten, wissenschaftlichen Untersuchungen beschäftigen.

Die Arbeiter-Klasse im ganzen Reich wird gut tun, der Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dauernde Volksauswanderung statt Sozialisierung liegt in der Absicht aller bürgerlichen Parteien. Werden sie nicht von außen sehr energisch unter dem Druck der Massen gehalten, dann gehen alle Hoffnungen der Arbeiter-Klasse auf Befreiung von der schrankenlosen Tributpflicht gegenüber dem Privatkapital zum Teufel. Und was sagen die Christen- und die christlichen Gewerkschaften zu dem Verhalten von Demokraten und Zentrum in der Sozialisierungsfrage?

Die Entscheidung der Wiedergutmachungs-Kommission.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Das amtliche Ergebnis über die Entscheidung der Wiedergutmachungs-Kommission ist bisher noch nicht mitgeteilt. In gut unterrichteten Pariser Kreisen verlautet jedoch, daß die Wiedergutmachungs-Kommission beschlossen hat, die in Cannes vereinbarten Ziffern für die deutschen Zahlungen im Jahre 1922, nämlich 720 Millionen Goldmark in bar und 1,45 Milliarden Goldmark in Sachleistungen aufrecht zu erhalten. Die deutschen Zahlungen und Lieferungen seit dem 1. Januar 1920 sollen angerechnet werden. 240 Millionen Goldmark von den Sachleistungen beabsichtigt man als Ersatz für die Befugnisse zu betrachten. Nach Erledigung des Zahlungsplanes für 1922 mit den entsprechenden Garantien soll der Wiedergutmachungsausschuss des Wiesbadener Abkommens mit den in Berlin vereinbarten Veränderungen prüfen. Die Abkommen sollen erst von der deutschen Regierung ratifiziert werden, wenn der Wiedergutmachungsausschuss seine Zustimmung gegeben hat.

Berliner Vorbereitungen für Genua.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Das Reichskabinett beschäftigt sich am Montagabend mit den Vorbereitungen für Genua. Die Vorarbeiten sind soweit vorgeschritten, daß Rathenau am Dienstagabend der Regierung bereits ein umfangreiches Programm über seine Ansichten und Vorschläge für Genua vorlegen gedenkt. Es ist anzunehmen, daß heute auch die Hauptbelegierten bestimmen werden. Sicher ist, daß Rathenau der deutschen Delegation für Genua angehört. Ob der Reichskanzler nach Genua geht, ist bisher weder bestimmt noch unbestimmt. Nebenbei wäre zu wünschen, daß der Kanzler in Genua persönlich mit den Staatsmännern der Entente Fühlung nehmen würde. Soweit bisher feststeht, nehmen auch die Leiter aller Entente-Regierungen teil an der Konferenz teil. Auch Poincaré, der bisher mit allen Mitteln verfuhr hat, die Konferenz zu hintertreiben, ist jetzt bereit, persönlich in Genua zu erscheinen.

Laut Pariser Blättermeldungen soll die deutsche Delegation in der Kopfstärke von 40 Mitgliedern in Genua angemeldet sein. Auch die Russen sind in der gleichen Stärke angemeldet.

Polen und Danzig.

Danzig, 20. März. Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wurden am Sonntagabend abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden durch gegenseitig anerkannte Protokolle festgelegt. Es ist eine Einigung erzielt worden, betreffend die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen der freien Stadt Danzig und der Republik Polen. Das Ueberschreiten der Danzig-polnischen Grenze wird ab 1. April auf bestimmten Wegen gestattet. Die Grenzkontrolle wird weiter ausgedehnt bezüglich des Personenverkehrs, bezüglich des Warenverkehrs mit den Waren, die der Monopolkontingente oder der indirekten Steuer unterliegen, und der Danziger Kontingentwaren sowie bezüglich des Valutaverkehrs bis zu der Zeit, wo die freie Stadt Danzig die polnischen Bestimmungen bei der Ausfuhr der polnischen Waren in das Ausland übernimmt. Eine Anpassung der gegenseitigen indirekten Steuern ist nicht erzielt worden. Die Verhandlungen betreffen Tabak, Zigaretten, Cachaarin, Valuta- und Devisenverkehr sollen in kürzester Zeit in Warschau wieder aufgenommen werden.

Die Heberalterung der Reichsbeamten.

Die Genossen Steinkopf und Bener haben im Reichstage eine Anfrage eingebracht, die von der Regierung Auskunft verlangt, ob sie bereit ist, das preussische Heberalterungsgesetz (Zwangspensionierung der über 65 Jahre alten Beamten) auch auf die Reichsbeamten auszuweiten, nachdem das Reichsgesetz das preussische Gesetz als zu Recht bestehend anerkannt hat. Bei einer vernünftigen Antwort der Regierung ist zu erwarten, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen entsprechenden Gesetzesentwurf als Initiativtag einbringen wird.

Die Vermögenssteuer im Reichstag.

Auf der Tagesordnung stand am Montag die zweite Lesung der einzelnen Steuervorlagen, beginnend mit der Vermögenssteuer. Präsident Löbe teilt mit, daß nach dem Wunsch des Vorkommens-Ausschusses die zweite Lesung der Steuervorlagen in dieser Woche unter eventl. Benützung einiger Abendstunden beendet werden soll.

Nach dem Ausdrucksantrag soll ab 1. Januar 1923 eine Vermögenssteuer erhoben werden, die betragen soll:

Von den ersten angefangenen oder vollen	250 000 Mark	1/2	1 vom Tausend
für die nächsten	250 000 Mark	1 1/2	
250 000		2	
250 000		3	
1 Million		4	
2		5	
3		6	
4		7	
5		8	
10		9	
und für die weiteren Beträge		10	

Auf die Dauer von 15 Jahren erhöht sich die Steuer um einen Jahreszuschlag von 100 Prozent für die ersten, von 150 Prozent für die nächsten 250 000 Mark und um 200 Prozent für die weiteren Beträge.

Bei der Besprechung des § 1 des Vermögenssteuergesetzes wendet sich

Abg. Helfferich (Dnl.) sehr energisch gegen den Vorwurf, die Oppositionale Volkspartei treibe Opposition um der Opposition willen und erinnert die Deutsche Volkspartei bei dieser Gelegenheit an ihre oppositionelle Vergangenheit. Er nennt die Vermögenssteuer in der vorliegenden Form unerträglich und erhebt erneut Protest gegen die Reparationsleistungen. Der Redner fordert dann strengste Sparsamkeit in der Reichsverwaltung, Vermeidung jeden neuen Eingriffs in die Vermögenssubstanz und Ablehnung aller Forderungen der Entente, die nicht erfüllbar sind. Ob unsere Wirtschaft die Belastung durch die Vermögenssteuer überhaupt ertragen kann, wird die Praxis zeigen müssen. Ueber uns ergeht jetzt am lebendigen Leibe das Experiment der Erfüllungspolitik. Das deutsche Volk scheint der Welt als Objekt einer Vivisektion gerade gut genug zu sein. (Beifall auf der äußersten Rechten — stürmischer Widerspruch links! — Die Abgg. Hildebrand und Müller-Franken (Soz.) machen den Redner in erregten Zwischenrufen darauf aufmerksam, daß er der Urheber des finanziellen Unglücks Deutschlands sei, und daß die Entente uns nach dem Rezept behandle, nach dem er die ehemaligen Feinde im Falle eines Sieges zu behandeln gedenke.) Von der Regierung hätten wir erwartet, daß sie in den Tagen der Steuerberatung durch ihre Unwissenheit im Reichstag der Welt gezeigt hätte, welche ungeheure Bedeutung diese Frage für das deutsche Volk hat. Wir bedauern, daß sie diese Pflicht nicht erfüllt und auch verläßt hat, hierdurch den Reichskanzler zu proklamieren gegen die ungeheuren Lasten, die uns die Reparationen und die Befugnisse auferlegen. (Beif. Beifall auf der äußersten Rechten.)

Abg. Goldmann (Unabh.): Bei der Vermögenssteuervorlage handelt es sich um die alte Steuerdrückergerichte der besthenden Klassen. Würden die großen Vermögen in gerechter Weise herangezogen, dann hätten wir all die neuen Steuern nicht nötig. Herr Helfferich behauptet, die Reparationen seien an der neuen Preissteigerung und dem damit verbundenen neuen Elend der Arbeiterklasse schuld. Das ist nicht richtig. Die Schuld tragen die besthenden Kreise, denen auch allermindestens 10 Prozent abgenommen werden müßten. Die Besteuerung der Konsumverette ist nur durch das Kompromiß möglich geworden, wie wir aus dem Streit zwischen Dr. Helfferich und Dr. Becker erfahren haben. Die Sozialdemokratie wird sich zu dieser Frage sehr deutlich zu äußern haben.

Abg. Hülsmann (Komm.): Eine wirkliche Belastung des Volkes stellt die Vermögenssteuer nicht dar. Die neue Steuerungsquelle wird alles auffressen, was durch die neuen Steuern eingenommen werden soll.

Abg. Rahmann (Soz.): Wenn das Deutsche Volk im Juni 1920 einen Reichstag gewählt hätte, der über eine stärkere Linke verfügte, dann läge das Steuerkompromiß und mit ihm die Vermögenssteuer ganz anders aus. Wir müssen uns mit dieser Last abfinden und haben daher aus innerer und außenpolitischer Gründen immer positiv mitgearbeitet am Aufbau der deutschen Republik. Wir haben verzichtet auf eine sehr bequeme Agitationsstellung, die den arbeitenden Massen sehr teuer zu stehen gekommen wäre. Wir geben zu, daß wir auf einen Teil unserer Forderungen verzichten mußten. Aber ebenso wichtig ist, daß die anderen Parteien wesentlichen Entgegenkommen zeigen mußten. Wenn es wahr wäre, daß der Besitz durch die neuen Steuern nicht getroffen worden ist, dann würde

die Empörung des Herrn Helfferich und seiner Freunde nicht so groß sein. Wir Sozialdemokraten müssen leider Koalitionspolitik treiben und im Interesse des Volkes Kompromisse abschließen, die nicht immer geeignet sind, reine Freude auszulösen. Die harten Lasten drängen uns dazu mit der Diktatur in Deutschland wie in Rußland in wirtschaftlichen und steuerlichen Dingen nichts auszurichten ist. Unsere Politik wird von dem Bewußtsein getragen, daß in der Welt der Kampf eine Bekämpfung herbeigeführt wird, wenn die deutsche Wirtschaft wieder zu alter Leistungsfähigkeit gebracht, das Volk von Deutschland ferngehalten wird, das in Deutschland und Rußland zu finden ist. Wir haben von unseren Forderungen keine

Gewerkschaftsbewegung.

Die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung.

Der Pressedienst des Zentralverbandes der Angestellten übermittelt uns nachstehende Information für die Öffentlichkeit: In den meisten Orten Deutschlands haben die Wahlen bereits stattgefunden. Zurzeit wartet man nur noch auf das Ergebnis der Wahlen in Breslau und auf die Abstimmung in dem bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens. Im Augenblick wird nun von Seiten des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten eine wüste Stimmungsmache gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen betrieben. Es werden Zahlen verbreitet, die mit dem tatsächlichen Wahlergebnis nichts gemein haben. Man spricht davon, daß der Afa-Bund nur etwa 21 Prozent Stimmen auf sich vereinigen konnte. Wir halten es für notwendig, an dieser Stelle das tatsächliche — bisher feststellbare — Wahlergebnis zu veröffentlichen.

Am 8. März 1922 war das Wahlergebnis aus 720 Wahlorten bekannt. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 397.590. Hieron erhielten:

Der Afa-Bund	136.535
Der DHB	84.726
Die Frauenberufsverbände	35.056
Der GdM	86.369
Diverse	54.904

Die Gesamtzahl der Stimmen nach Prozenten ergibt damit für den Afa-Bund 34,3 Prozent aller Stimmen. Die Zahl der gewählten Vertrauensmänner ist entsprechend. Der Afa-Bund erhielt 708 (1534 Ersatzleute), der DHB 479 (844), die Frauenberufsverbände 40 (108), der GdM 351 (613), Diverse 649 (1257).

Die bürgerliche Presse, die sich wohl zum größten Teil auf Zuschriften der Gewerkschaftsblinde stützt, folgert aus dem Wahlergebnis, daß der Reichstag es nunmehr nicht wird wagen dürfen, den Angestellten ihre besonderen Versicherungseinrichtungen zu rauben.

Wir sind aber der Meinung, die Vereinheitlichung der Sozialversicherung ist nicht nur eine Sache der Angestellten, sondern eine Angelegenheit der gesamten Arbeitnehmerkraft. Es handelt sich nicht darum, ob mehr als 50 Prozent der Angestellten, die sich an den Wahlen beteiligten, den Wunsch ausgesprochen haben, die Versicherungseinrichtungen der Arbeiter und Angestellten zusammenzulegen, sondern es handelt sich darum, welcher Meinung die Gesamtheit der Angestellten ist. Die Wahlbeteiligung betrug im Durchschnitt 30 Prozent. Viele der Angestellten, die mit den ungenügenden Versicherungseinrichtungen der Angestelltenversicherung unzufrieden sind und dadurch außerordentlich beschwert waren, haben sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligt. Nur wenn man dies berücksichtigt, kann man sich ein annähernd klares Bild von der wahren Stimmung unter den Angestellten machen.

Darüber hinaus handelt es sich darum, ob alle Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellte und Beamte — von der Notwendigkeit der Vereinheitlichung der Sozialversicherung durchdrungen sind. Ganz abgesehen von unierer prinzipiellen Einstellung zur Frage der einheitlichen Sozialversicherung, können wir uns heute den Luxus besonderer Versicherungseinrichtungen für einzelne Berufswege nicht mehr erlauben.

Das in der Vorzeitigkeit vielfach brauchbar gewesene Versicherungsprinzip ist in heutigen Zeiten, in denen die Wertverhältnisse des Geldes von Tag zu Tag und von Woche zu Woche einer Veränderung unterliegen, unhaltbar. Das bisherige Verfahren der Aufbringung der notwendigen Mittel durch die Anleihen des angelaugerten Kapitals ist undenkbar. An diese Stelle muß das Umlageverfahren treten, das vor allen Dingen eine leichtere Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen Verhältnisse in sich trägt.

Krieg und Nachkriegsentwicklung haben es mit sich gebracht, daß die Zahl der heute auf Renten aus Versicherungseinrichtungen angewiesenen Personen erheblich größer geworden ist. Besondere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Versicherungseinrichtungen werden demzufolge gestellt. Sie werden diesen Anforderungen nur dann gerecht werden können, wenn sie einheitlich und nicht zerstückelt aufzutreten imstande sind.

Wichtig von diesen großen Gesichtspunkten werden sich die Parteien des Reichstages leiten lassen dürfen und nicht von dem unzeitgemäßen Standesbündel eines Teiles der Angestellten, noch zumal dieser Standesbündel zum größten Teil nur das Produkt des Agitationsbedürfnisses des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und seiner Verbündeten ist.

Ausdehnung der Angestelltenversicherung bis 100.000 M.

Der Zentralverband der Angestellten hat an den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, die Gehaltsgrenze in der Angestelltenversicherung auf 100.000 Mark zu erhöhen. Ob der Reichstag soweit gehen wird, ist natürlich noch unbekannt, wahrscheinlich ist es aber, daß die jetzige Gehaltsgrenze von 30.000 Mark erhöht werden wird.

Neu Versicherungspflichtigen wird wahrscheinlich, wie früher, die Möglichkeit geboten werden, sich durch eine Erlebensversicherung von der Zahlung des eigenen Beitrages zu befreien, wenn sie sofort einen diesbezüglichen Antrag stellen. Für gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierte Angestellte kommt natürlich nur eine Versicherung bei ihrem eigenen Unternehmen, nämlich der Gewerkschaftlich-Genossenschaftlichen Versicherungsaktion, in Frage. Sie bietet mehr Vorteile als irgend eine andere Versicherungsgesellschaft.

Wer sich jetzt noch nicht entschließen kann, einen Versicherungsantrag in Höhe einer bestimmten Summe zu stellen, der stelle wenigstens einen provisorischen Antrag, in welchem die Positionen „Summe“ und „Prämie“ nach dem Erlaß des Gesetzes ausgefüllt und vorläufig nur mit dem Vermerk versehen werde: „An der letztzeitigen Höhe erforderlich.“

Auskunft erteilt die Rechnungsstelle der Volksfürsorge Breslau, Margaretenstraße 17, oder der Vorstand in Hamburg 5, Capellenstraße 5.

Kann der Demobilisierungskommission die Beschlüsse in Gesamtheit für verbindlich erklären? Welche der § 28 der Verordnung vom 12. Februar 1920 zu Recht? Vom Zentralverband der Angestellten wird nach gefolgt: Die Oberlandesgerichte Jena, Cassel, München und Köln haben bereits viele schriftliche Fragen bejaht. Nur das Oberlandesgericht Dresden hat dem Demobilisierungskommissionar das Recht abgesprochen. Beschlüsse in Gesamtheit für verbindlich auf Grund der Bestimmung des § 28 der Verordnung vom 12. Februar 1920 für verbindlich zu erklären. Vor wenigen Tagen hat das Reichsgericht unter Aufhebung des Dresdener Urteils beide Fragen bejaht. Abschrift des Urteils wird demnächst veröffentlicht werden.

Schutzbestimmungen betreffend Kündigung und Wettbewerbsverbot im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung. Der Reichswirtschaftsrat hat eine Eingabe des Zentralverbandes der Angestellten, durch die eine der Geldwertverteilung entsprechende Erhöhung der in diesen Schutzbestimmungen vorgegebenen Gehaltsgrenzen gefordert wurde, angenommen. Darin hat sich das Reichsjustizministerium bereit erklärt, dem Reichstag demnächst eine entsprechende Vorlage zugehen zu lassen.

Arbeitslosenunterstützung auch bei Streiks wird von der staatlichen Arbeitslosenunterstützungskasse in Schweden abgelehnt. Die von der Regierung beantragte für die Handhabung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung aufgestellten Richtlinien sind in drei Fällen angewandt worden. Der Staat hat in allen drei Fällen entschieden, daß Arbeitslosen, die sich weigern, Streik- oder Blockadedienste zu tun, die staatliche Unterstützung nicht entgegen werden kann. Die Regierung war von Arbeiterseite um eine Entscheidung angegangen worden. Eine andere Entscheidung ist nicht möglich, da sich sonst die Arbeitslosenunterstützung, zu der ja auch die Arbeiter ihre Beiträge leisten, als eine finanzielle Einrichtung für die Versorgung der Unternehmer mit Streikbedrohern erweisen müßte.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Die Lieblinge der Großagrarien.

Dem Rapp-Landrat Graf Limburg-Stirum, Groß-Neumarkt, Kreis Neumarkt, ist das gestohlene Auto, von dem wir in Nr. 62 der „Volkswohle“ berichteten, wiedergebracht worden. Als Dieb wurde der Selbstschußsoldat Chauffeur Deutscher der in Wirklichkeit Pierkowski heißt, festgenommen. Es steht zu erwarten, daß die Mittäter ebenfalls festgesetzt werden können. Das Auto wurde in Berlin beschlagnahmt. Auf dem Wege nach dort wurden ein Koffer und verschiedene andere Sachen verhaftet. Der Selbstschußmann war früher in Lohndienst, Dom, und war mit den Verhältnissen sehr gut vertraut.

Das von der Lieblichen der Großgrundbesitzer, die sie sich halten, um bei arbeitsloser Zeit die Arbeiterschaft niederzuknüpfen. Derartige Fälle kommen ja nun schon öfter vor.

Wie wir hören, sind 45.000 Mark für denjenigen ausgeliefert worden, der das Auto anhielt, um es dem Bestohlenen wieder zurückzubringen. 45.000 Mark ist eine ganz schöne Summe. Wie wir aber weiter hören, soll sich Graf Limburg-Stirum nur mit 41.000 Mark zur Entlohnung bereit zu haben. Wir fragen das Finanzamt in Neumarkt an, ob das richtig ist. Denn wenn man jährlich nur 41.000 Mark Einkommen hat, muß man sehr lange sparen, um sich ein Auto im Werte von 39.000 Mark anzuschaffen und obendrein noch 45.000 Mark ausgeben, wenn es einem gestohlen wird. Wie gesagt: Solche Fälle von Dankbarkeit der Selbstschußleute den Großgrundbesitzern gegenüber sind schon mehr zu verzeichnen.

So haben zu Beispiel im Kreise Trebnitz, wie ja bekannt ist, Selbstschußleute nicht nur nicht gearbeitet, sondern zum Dank für die mehrwöchentliche Verpflegung und Unterkunft ihrem Brotherrn die Pferde verkauft. In einem anderen Falle sind die Selbstschußler mit brennenden Zigaretten in den mit Getreide gefüllten

Wagen gegangen. Als der Besitzer sich das verbat, erhielt er eine Tracht Prügel.

Im Kreise Guhrau hat sich ein Offizier, der in deutschnationaler Propaganda machte, von einem Gutsbesitzer 2000 Mark Geld geliehen, zu einer Zeit, wo das Geld noch mehr Wert hatte und hat vergessen, das Geld wieder zurückzugeben. Zum Lohn dafür hat derselbe Offizier sich noch einen Vorkuss von demselben Besitzer mitgenommen.

Die Großgrundbesitzer haben sich mit diesen Leuten eine Aute gebunden, mit der sie selbst gequält werden. Im Ratechismus heißt es: „Gott ist gerecht, er belohnt das Gute und bestraft das Böse“. Die Großagrarien, die mit dem Selbstschuß Böses gegen die Arbeiterkraft und die Republik vorhaben, erhalten auf solche Art die Strafe Gottes. Vielleicht werden sie in Zukunft Republikaner, damit Wahrung vor Recht und Gesetz endlich auch in ihren Kreisen sich durchringt.

Aus der Provinz Schlesien.

Die Unsicherheit in Gleiwitz.

Infolge der zahlreichen Mordanschläge, welche vor kurzem in Gleiwitz verübt wurden, hat der Kreiscontroller in Uebereinstimmung mit den Militärbehörden folgende Maßnahmen ergriffen, welche von Montag, den 29. März, an in Kraft treten.

Die Cafés, Restaurants, Restaurationen und Hotels sowie sämtliche öffentlichen Lokale in Gleiwitz müssen um 11 Uhr abends geschlossen werden, ausgenommen der Stadtteil Petersdorf, in welchem die Schließung schon vorher um 8 Uhr abends angeordnet wurde. Die Bewohner werden darauf aufmerksam gemacht, den Personalausweis jederzeit mit sich zu führen. Die strengsten Maßnahmen werden ergriffen werden, um die Identität der Personen festzustellen, die nach 8 Uhr abends in der Stadt angetroffen wird.

Die obersteinsten Richter veröffentlichten auf Anordnung des Kreiscontrollers folgende Bekanntmachung:

Die Identität des am Mittwoch, den 15. März, in der Bergmannstraße in Gleiwitz ermordeten auf Lebenden Mannes ist festgestellt. Es ist ein gewisser Geiger, einer der Hauptzeugen in der Mordfrage gegen die Jägerkompanie in Petersdorf. Es handelt sich um einen politischen Mord.

Oppeln, Mord- und Selbstmordversuch. Der Unterwachtmeister Felder, zurzeit bei der Ersten Hundertschaft in Oppeln, früher Barbier in Tarnau, unternahm in seiner Wohnung in Tarnau einen Mordversuch an seiner Verlobten Anni Gerlich und an ihrem Kinde und verübte sodann einen Selbstmordversuch. Während das Kind unverletzt blieb, hat die Gerlich einen Mund- und Halsbruch erlitten. Felder brachte sich Kopfschüsse bei. Beide wurden schwer verletzt in das St. Walberghospital nach Oppeln übergeführt.

Beuten, zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht verurteilte gestern die Grabenarbeiter Robert Motek aus Deutsch-Pielar, Karl Schwarz aus Kojberg und den Wärter Josef Dierz aus Wlechow wegen Mordes an dem Landläger Kohl aus Jolestal während des polnischen August-Aufstandes 1920 zum Tode. In ihrer Aussage behaupteten die Angeklagten, daß sie von Sosnowice Besatz bekommen hätten, alle Landläger im obersteinsten Wahlungsgebiet zu befechtigen. Zu diesem Zweck ist ihnen eine schwarze Liste mit den Namen deutschgesinnter Landläger des östlichen vorgelesen worden.

Aus aller Welt.

Ein Kiefenprozess gegen Fassmünzer

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, stehen dort Schwurgerichtsverhandlungen gegen eine etwa 100köpfige Fassmünzerbande bevor. Der Hauptführer der Bande war Köln, wo die Gesellschaft nacheinander elf Werkstätten betrieben hatte. Der erste Schwurgerichtsprozess richtet sich gegen 10, der zweite gegen 40 Angeklagte.

Der Prozess wegen der Millionenerschleppungen bei der Kleinfassmünzerbande (nicht den Reichswerten) in Spandau endete mit der Verurteilung der 13 Angeklagten. Es handelte sich um die Verschleppung von optischem Heeresgerät im Werte von zierlich einer Million Mark, das als Umzugsgut aus dem Lager der Reichstreuhändergesellschaft in dem ehemaligen Feuerwerkslaboratorium herausgeschmuggelt worden war und verschoben werden sollte. Nach längerer Verhandlung erkannte die Strafkammer des Landgerichts 2 in Berlin gegen die Hauptangeklagten Rinkel und Verlewieh auf je ein Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen acht Angeklagte auf je 9 Monate, gegen drei Angeklagte auf je zwei Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Gastwirt Schröder auf Freisprechung.

Familiennachrichten

Deutscher Kutarbeiter-Verband.
Am 19. März verstarb unser Kollege und Invalide, der **Hutmacher Georg Herschel** im Alter von 69 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 22. März, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

Zentralverband der Schuhmacher

Bewaltung Breslau, Margaretenstraße 17
Zimmer 73. Telefon Ring 7021.
Donnerstag, den 23. März, abends 7 Uhr
in den Zentral-Saalen, Bekendstraße 50/52
für alle in der Schuhindustrie und im Handwerk beschäftigten Personen
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Begründung in Dresden und zum Verbandstag in München, Aufstellung und Wahl der Delegierten und Kandidaten.
2. Der neue Reichslohntarif für die Schuhindustrie.
3. Die Lohnforderungen im Handwerk.
Zahlreicher Besuch ist notwendig. 12343
Der Vorstand: J. U. Gg. Reiner.
Ohne Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte kein Zutritt.
Gasflusflußblumen!
Spez.-Arzt Dr. Dammanns Heilanstalt.
Sprechstunde, tgl. 9-11, 8-4, Sonntags 10-12.
Mittwochs keine Sprechstunde.
Gräbchenstraße 41.

Wachtung!

Handelshilfsarbeiter, Bürodiener, Kassenboten, Baker, Hausdiener, Radfahrer, Antiker, Arbeiter und Arbeiterinnen des Handelsgewerbes.
Mittwoch, den 22. März 1922, abends 7 1/2 Uhr
in der „Wilhelmsburg“, Neudorfstraße 54:
Wichtige Versammlung.
Tagesordnung:
1. Der Kampf um den Lohn und den Arbeitstakt.
2. Beschlußfassung darüber.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung ist es notwendig, daß jeder erscheint.
Die Leitungsleitung des Transportarbeiterverbandes.

Es werden eine große Anzahl von
Zimmern
mit ein und mehr Betten ohne Pension bis spät. 13. 4. v. Kriegsverletzten gesucht.
Angebote m. Preisangaben an
Kriegsverletztenheim
Wilschützstr. 78/80 erb.
Bitte bei allen Einträgen den Namen des Verletzten anzugeben.
Zu kaufen gei.
Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen Jüngling, Eisenstraße 4.
Außerst günstig verkaufen Sie **Altmetalle und Altessen** an 6622
Breslauer Metall- u. Eisen-Verwertung
Postfach Straße 28.

Wienleiber (12109) in eleganten Streifen, Sammetstoffen, Sportstoffen, eigene Anfertigung, daher sehr preiswert. O. Dammann, Neumarkt 45.
Flechten
vasser u. trockene, Schuppenflechten, Nämorrhoidalausgänge, selbst veraltete Fälle werden besichtigt durch Apoth. Stauder's 3572
Euzema-Balsam
ohne Berührung. Patentamtlich geschützt 141 365. Preis Mk. 22.50 franko. Versand nur durch die Stadtapotheke Kaufbeuren K 35 (Allgäu). Unzählige Dankschreiben von Geheilten.

Werfen Sie ein Auge



auf den mit **Javalin** geputzten Stiefel und Sie entscheiden sich für diese Marke Überall zu haben.
Gen. Fabrik Gebr. Meyer Hann-Niedingen
Vertreter für Schlesien: 5808
Georg Knauer, Breslau 13,
Viktoriastraße 65. Telefon Ring 6096.
Zur Messe: Neue Halle, Stand 3.
Ausflügen in die Provinz
Bei dem Sommerurlaub bestmögliche Hilfe. Zur Reiseausstattung in Breslau-Graben befindet sich ein großer Lager in Cosel. In allen Hauptstädten, Provinzen und Berlin.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. März.

Sozialdemokratischer Verein.

Rote Woche!

Betriebsvertrauensleute! Betriebsräte!

Alle Parteigenossen!

müssen diese Woche ununterbrochen unter ihren Arbeitskollegen und Kolleginnen für die

„Volkswacht“

werben. Agitiert für eure Zeitung, Tag für Tag in jedem Betrieb. Benutzt jede Betriebs- und andere Versammlung zur Werbe-

arbeit für die Volkswacht! Abonnements-Verträge keine Kets sofort

ablösen! Agitationsmaterial ist noch im Parteisekretariat. Gewerkschaftshaus, 2. Etage, Zimmer 36/37, zu haben. Geöffnet von

8-1 und von 4-7 Uhr.

Einwohner von Zimpel und Leerbeutel!

Mittwoch, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, im Waldschlößchen, Tiergartenstraße:

Öffentliche Versammlung.

Landtagsabgeordneter Winger spricht über: „Des deutliche Volk's Lebensweg und Aufstieg.“

Alle Mitwirkenden der Kinderveranstaltungen treffen sich zur Besprechung und zur Probe der Spiele und Tänze am Donnerstag um 5 1/2 Uhr im Wohlfahrts-Haus, Malteierstraße 16.

Arbeiter-Wohlfahrtsauschuss. Heute abend, 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, Versammlung. Genosse Betriebsarbeitersekretär Pfeifer hält einen sehr wichtigen Vortrag. Eingeladen sind alle in der Malteier- und Wohlfahrts-Häusern tätigen Genossen.

Abteilung Mikroskop und Wägen. Mittwoch, den 22. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal „Weiberkrant“, Leutenstraße 34, eine Sitzung der Mikroskopführer und Frauenleiterinnen statt. Tagesordnung: Malteier.

Jungsozialisten. Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, Arbeitsgemeinschaft. Genosse Dr. Reichmann spricht über Kommunalpolitik. Reges Gehör wird erwartet.

Arbeiterjugend. Mittwoch, den 22. d. M., abends 7 1/2 Uhr, hält Genosse Studentrat Dr. Tschertig im Heim 4, bei Grundbe, Viktorstraße 42/44 einen Vortrag über „Was die Steine erzählen“.

District 22. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Frauenversammlung im Waldschlößchen, Weinstraße 33/35. Redner: Genosse Müde.

District 37. Heute abend Frauenversammlung bei Martin, Schönstraße 89. Redner: Genosse Behold.

Um die weltliche Schule.

Solange in Weimar die Verfassung beraten wurde, legte man in den Kreisen der Arbeiter keinen großen Wert auf die weltliche Schule. Die Gemeinschaftsschule galt allen als das Ideal. Katholische und evangelische Kinder, Kinder von Freidenkern und Freireligiösen, wie die Kinder von Juden oder Sektengläubigen, alle sollten in der gemeinsamen Schule weltlich erzogen werden, um sich das fürs Leben notwendige Wissen zu erwerben. Als dann aber die letzten Reichstagswahlen so schlecht ausgefallen waren, und deshalb beim Reichstagswahlkampf der Geist von Weimar stark vermisert wurde, als die Frauen überall daran gingen, ihre Kinder der Gemeinschaftsschule zu entziehen, um sie in konfessionellen Schulen unterzubringen, griff in den Arbeiterkreisen auch der Gedanke an die weltliche Schule immer mehr um sich. Einem allgemeinen Wunsch entsprechend, berief deshalb der Breslauer Ortsauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den Leiter der freien Elternvereinsung, Herrn Lehrer Gabriel, für Freitag abend zu einem Vortrage ein. Herr Gabriel legte die Vorzüge der weltlichen Schule für alle Delegierten überzeugend dar. Im Gegensatz zu anderen Städten haben die Breslauer Arbeiterkinder aber der Frage bisher nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist erst für 700 Kinder die Errichtung weltlicher Schulen beantragt worden. Um in einem Stadtviertel eine solche Schule einzurichten, sind etwa 400 Kinder erforderlich. Gezielt sind bisher nur vor dem Dörrer gemeldet, in anderen Stadtteilen aber ist man am Werk, dem Dörrer entsprechende Konkurrenz zu machen. Die freie Religionsgemeinde hat übrigens allein 1000 Kinder, als bisher zur weltlichen Schule gemeldet wurden, und diese sind noch nicht gemeldet. Somit sind bisher in Breslau genügend Kinder für vier weltliche Schulen vorhanden. In der weltlichen Schule sind alle Sozialisten, Gewerkschaftler, Republikaner und Bajonettinteressierten. In die konfessionellen Organisationen soll nun der Gedanke der weltlichen Schule hineingetragen werden. Man glaubt dabei an große Erfolge, denn besonders in der Arbeiterklasse besteht die Überzeugung, daß man den Kindern den besten Unterricht geben lassen müsse.

In der Aussprache war man der Meinung, daß solche Vorträge eigentlich schon nicht mehr nötig sein sollten, da die Eltern allmählich die geeigneten Schritte zur Befreiung ihrer Kinder hätten tun müssen. Die Praxis zeigte freilich, wie notwendig solche Vorträge selbst vor der Elite der Arbeiterklasse noch sind, denn mehrere Tausend von Delegierten unterzeichneten noch in derselben Sitzung für ihre eigenen Kinder den Antrag zur Aufnahme in eine weltliche Schule.

Nun soll die Arbeit über die ganze Stadt energisch einsetzen. Wer nicht rechtzeitig ein entsprechendes Formular erhält, braucht nur folgenden Zettel zu schreiben und ihn dem Kinde zur Ablieferung an den Rektor mit in die Schule mitzugeben:

„Wir beantragen hiermit die Befreiung unseres Kindes (Name) vom Religionsunterricht der Schule, und seine Aufnahme in eine weltliche Schule, falls eine solche in unserem Stadtviertel errichtet wird.“

(Unterschrift beider Eltern.)

Vater und Mutter müssen also den Zettel gemeinsam unterschreiben. Die Breslauer Lehrerschaft steht im weitestlichen auf dem Boden der weltlichen Schule, und erwartet von den Eltern, daß sie ihre Schuldigkeit tun, um den Kindern durch Fortfall des zeitweiligen Religionsunterrichts und verstärkten Unterrichts in den praktischen Fächern ein besseres Fortkommen zu ermöglichen. Von 5000 Lernenden, die ein Volksschüler in acht Jahren genötigt wurden bisher 1500 vom Religionsunterricht befreit; kein Wunder, daß das Volk auch in den einfachsten Dingen des Lebens so wenig Bescheid weiß.

Was der Hochschulkommernung.

Die Krisis innerhalb der deutschen Studentenschaft, lange Zeit hindurch vorbereitet durch das Verhalten des Hochschulkommerns deutscher Art, der unter völliger Verleugnung des wahren Sinnes der Hochschule als Stätte wissenschaftlicher Forschung und Trägerin

und Schlichterin der Volkstutur in die Hochschule Politik im größten Sinne, nämlich einseitige Parteikampfpolitik, hinein trug, und schließlich zum Ausbruch gekommen durch gewalttätiges Hinweglecken über die Verfassung der deutschen Studentenschaft durch dem Hochschulkommern angehörige Vorstandsmitglieder der deutschen Studentenschaft, kann immer noch nicht als völlig erledigt betrachtet werden.

Zwar traten am 18. Januar Vertreter aller studentischen Richtungen in Erlangen zusammen und einigten sich über eine neue Verfassung der deutschen Studentenschaft, die die Zugehörigkeit zu einer Studienstufe frei von den völkischen Ideen des Hochschulkommerns regelt, und die Aufgaben der Studentenschaft auf die Erfüllung der hochschulbürgerlichen Rechte und Pflichten und die wirtschaftliche Fürsorge beschränkt und den Austrag politischer und weltanschaulicher Gegensätze ausschließt. Jedoch traten bald darauf an einzelnen Hochschulen, besonders in Bonn, wie auch in dem Vorstand der Studentenschaft Bestrebungen auf, diese Kammerverfassung möglichst wieder aufzuheben. Der Erfolg derartiger Bestrebungen muß nun mindestens zweifelsfrei erscheinen. Im preussischen Landtage haben sich alle Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, für die neue Verfassung ausgesprochen und auch die studentischen Gruppen, die sich während des Verfassungstages für die Kammerverfassung eingesetzt haben, sind auf einer in Berlin am 11. und 12. März stattgefundenen Tagung, an der Studenten aus allen Teilen des Reiches, wie auch aus Deutsch-Oesterreich und den Sudetenländern teilnahmen, zu dem einstimmigen Entschluß gekommen, nur auf dem Boden der Kammerverfassung an der studentischen Selbstverwaltung mitarbeiten zu wollen. Diesem Entschluß wurde in der folgenden einstimmig angenommenen Entschließung Ausdruck gegeben:

Kapp ist frei!

Hundert von Arbeitern schmachten wegen geringfügiger politischer Vergehen jahrelang im Gefängnis.

Die Schmach der Klassenjustiz schreit zum Himmel.

Anfämpfen gegen sie kann nur eine starke, einige, geschlossene Arbeiterschaft.

Politische und gewerkschaftliche Schulung

für den Kampf gegen die Reaktion verbürgt die sozialdemokratische Presse.

Deshalb werdt unermüdet für die

Volkswacht.

„Bei aller Verschiedenheit unserer politischen Anschauungen eint uns als Studenten und Mitglieder der deutschen Hochschule der Gedanke, daß wir verpflichtet sind zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle der deutschen Hochschule und zur Verbreitung wahrhaft akademischer Schöpfung in allen Teilen unseres Hochschulwesens. Wir sehen die nationale Pflicht, die wir als Studenten in der studentischen Selbstverwaltung haben, unbeschadet der politischen Tätigkeit, die der einzelne außerhalb derselben für das Volk leistet. Wir begrüßen es daher, daß die am 13. Januar unter Beteiligung aller studentischen Gruppen zu demselben Zweck abgehaltene Tagung der deutschen Studentenschaft, die das Ergebnis mehrjähriger praktischer Erfahrung ist, auf der Anerkennung beruht, daß die studentische Selbstverwaltung nur in der Befreiung ihrer Aufgaben auf die aus dem Wesen der Hochschule selbst erwachsenden Pflichten freizubehalten Arbeit leisten kann. Diese studentischen Selbstverwaltungsorgane können ihre Pflicht als Vertretung der Studenten im Rahmen der Hochschule nicht erfüllen, wenn sie gleichzeitig den Versuch machen, auch die politische Vertretung der Studenten zu sein. Wir sind gewillt, an der Ausgestaltung unserer Hochschule auf diesem Boden tätig mitzuwirken und leben in der der Verfassung zugrundeliegenden Anschauung, die einzige Möglichkeit freier studentischer Arbeit. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß auf anderer Grundlage studentische Selbstverwaltung unmöglich ist. Die Beteiligung an einer anders ausgerichteten studentischen Selbstverwaltung müssen wir daher ablehnen.“

Vom Arbeiter-Bildungsausschuss.

Anfängerkurs in Deutsch und Rechnen.

Zu den neuen Kursen in Deutsch und Rechnen, die Donnerstags abends von 7-9 Uhr in der Kath. Realschule, Nikolai-Str. 29, stattfinden, können noch einige Teilnehmer hinzukommen. (Meldungen vor Beginn der Stunde bei Fräulein M. Sahn.)

Letzter Sonntags-Unterhaltungsabend im Oberior.

Im kommenden Sonntag, den 26. März, findet der vierte und in diesem Winterhalbjahre letzte Unterhaltungsabend in der Aula der Viktoriaschule statt. Wieder sind von den musikalischen Darbietungen dieses Abends drei ausgezeichnete Kräfte gewonnen (Mimi Frank, Gesang; Magimilian Hennis, Geige und Franz Bollon, Klavier). Der Eintrittspreis muß diesmal — wegen erhöhter Künstlerhonorare — 1,50 Mark betragen. (Karten nur vor Beginn der Veranstaltung am Eingang der Aula.)

Der verschobene Bismarck-Kummel.

Der Heimatverband Schlesien (Orgesch-Hilfskale) deutschvölkischer Schulkinder und eine ganze Anzahl ähnlich organisierter Vereine hatte für den 2. April in der Jahrhunderthalle eine große Bismarck-Gedenkfeier angelegt. Nun hatte unsere Parteileitung schon vorher beschlossen, an demselben Tage ebenfalls eine große Kundgebung zu arrangieren, die dem Gedanken der Völkerverständigung gewidmet sein soll, um 8 Tage vor Wenna der Welt zu zeigen, daß die nationalitätliche Stimmungsmache in Schlesien in ein Nichts verfliehet, wenn die Massen der demokratisch-republikanisch-sozialistischen Bevölkerung ausmarschieren. Die „Leichen“ werden können aber Angst vor der eigenen Courage bekommen zu haben, an demselben Tage ihren Theaterdonner rollen zu lassen, der ihre Bedeutungslosigkeit so recht vor aller Welt zeigen würde. Sie haben, wie die „Schlesische Tagespost“ vom Montag, den 20. März, berichtet, ihren Kummel um etwa

Woche verschoben und zwar, wie sie ankündigen, weil ihre Kanone dieses Tages, der deutschnationalen Kellame-Katzen, Professor Martin Spahn, angeblich verhindert ist.

Das hätte sich Bismarck lieber während der „alorreichen“ Zeit des Sozialengesetzes auch nicht träumen lassen, daß wahrere deutsche Männer sogar seinen Geburtstag aus Angst vor Sozialisten einmal verschoben werden. Wie uns der Parteivorstand mitteilt, findet die Kundgebung für Völkerverständigung gegen alle chauvinistischen Ausschreitungen bestimmt am Sonntag, den 2. April statt. Es werden vorwiegend mehrere ausländische Genossen aus den benachbarten Ländern sprechen.

Der Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau

hielt am Sonntag, den 19. d. Mts., sein erstes Straßenrennen auf der Rundstrecke Klettenberg, Domsau, Tins, Klettenberg ab. Dem Starter, Genossen Ernst, folgten 15 Fahrer. Sie wurden geschichtet auf die Klasse geteilt, gewertet wurde in drei Klassen, Jugendklasse, Mittelklasse und Altersklasse.

Als Erster trat Fahrer aus der Jugendklasse ein, er fuhr die absolute beste Zeit mit 35 Minuten 6 Sekunden und wurde in seiner Klasse Erster. Zweiter wurde Reichard. In der Mittelklasse belegte Hermann den ersten Platz. Zweiter wurde Reichard, Dritter Switalla. In der Altersklasse belegte Walf den 1. Platz. Das nächste Straßenrennen findet den 11. April (Karfreitag) statt auf der Rundstrecke Breslau, Wejowitz, Stokürben, Breslau. Meldungen werden schon jetzt beim Rennfahrwart Paff, Nebenstraße 19, und im Radradhaus „Nriich auf“ entgegengenommen, ebenso in der Monatsversammlung des Vereins am 28. d. Mts. im Gewerkschaftshaus, abends 8 Uhr.

* Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeklicher. Freitag, den 21. März 1922, abends 8 1/2 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses, erste wichtige Sitzung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeklicher. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Betriebsleitersekretär Ulrich Pfeifer über: „Was will der neue Arbeitserleichterungsausschuss und welche Gefahren drohen damit der Arbeiterklasse?“

* Die Breslauer Hundebesitzer und Hundfreunde laden zu einer Protokollversammlung am Freitag, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr, in den großen Saal des Schloßwerder ein. Es soll dort gegen die Erhöhung der Hundsteuer Stellung genommen werden. Näheres folgt später.

* Die Arbeit des Schlichtungsausschusses. Bei dem Schlichtungsausschuss der Stadt Breslau gingen im Laufe des Monats Februar dieses Jahres an Kollektivstreitigkeiten 22 neue Fälle ein, während weitere 15 Sachen als unerledigt aus dem Vormonat übernommen wurden. Von den neuen Fällen wurden einer auf Veranlassung von Arbeitgebern, zwanzig auf Veranlassung von Arbeitnehmern und einer von Amts wegen aufgenommen. Erledigt wurden 10 Sachen, und zwar vier binnen einer Woche, 7 binnen zwei Wochen und acht binnen längerer Zeit. Neun Fälle sind noch während des gleichen Zeitraumes in 205 Fällen entfallen, bei denen es sich bei einer Sache um einen Antrag auf Wiedereinstellung, bei 194 Sachen um solche auf Weiterbeschäftigung, bei einer auf Genehmigung von Entlassungen und bei neun um Verschiedenes handelte.

* Radrennen in Grünliche. Die hiesige Radrennbahn eröffnet am 9. April für dieses Jahr ihre Pforten. In Dauerrennen sind für den 1. Renntag der kleine und große Frühlingspreis über 30-50 Kilometer vorgesehen, zu dem die Fahrer Teu und Berner-Amsterdam, Kuchlow-Berlin, Fritz Bauer-Berlin und Paul Thomas-Breslau bereits fest verpflichtet sind. Außerdem wird als Eröffnungspreis ein Dauerrennen der B-Klasse über 10-20 Kilometer von hiesigen Fahrern ausgetragen. Der Sieger dieses Rennens erlangt die Berechtigung, im großen und kleinen Frühlingsrennen mit zu starten.

* Durch Ueberbohren eines Kessels mit Waß entstand bei der Firma Wislotti-Licht, die im Grundstück der „Volkswacht“ Druckerei ihre Fabrikationsräume hat, ein kleiner Brand. Durch den im Betriebe der „Volkswacht“ befindlichen eigenen Feuerwehrr wurde die Feuerwehrr sofort herbeigerufen, brauchte aber nicht in Tätigkeit zu treten, da das Feuer inzwischen von Angestellten der Firma selbst erstickt worden war. Schaden ist bei der Firma Wislotti-Licht nicht entstanden. Die „Volkswacht“ ist entgegen vielfach verbreiteten Gerüchten, auch nicht im geringsten dabei betroffen worden.

* Hans Albert und Toni Kellner. Die städtische Kunstausstellung im Hause Albert und Toni Kellner (Karlstraße 124) mit ihrem reichen Inhalt an moderner Kunst und modernem Kunstgewerbe, ist während der Woche täglich von 4-6 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 1 Mark geöffnet. In anderen Stunden kostet der Eintritt 3 Mark.

* 182 Personen wurden in das Polizeigefängnis eingeliefert in der Woche vom 12. bis 18. März; darunter wegen: Einbruchsdiebstahls 9, einfachen Diebstahls 27, Hehler 3, Betrug 2, Unterschlagung 7, gewerkschaftlicher Unruhen 10, Taschendiebstahls 2, Stadtdiebstahls 4, Fahrzeubdiebstahls 2, Bettelns 8, Arbeitssünden 4, Urkundenfälschung 1, Selbstmordversuch 2, Zuhälterei 1, groben Unmutes 4, Körperverletzung 2, Nützlorge 12, Sittenübertretung 5, Obdachlosigkeit 15, Schußes 3, Vagantheit als Ausländer 9.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Dienstag abend 7 1/2 Uhr: „Der Zigeunerbaron“ mit den Damen Wilhelmine Holtner, Hildegard Gajewska, Susi Lipst, Marga Reich und den Herren Richard Groß, Hans Hauschild, Fritz Kuhl, Karl Rudow, Herbert Loubert. Musikalische Leitung Julius Bräuer. Spielleitung Dr. Georg Baulg. Morgen Mittwoch 7 Uhr: „Die Jandertöchter“.

Reinigte Theater. Die Dienstags-Vorstellung im Lobe-theater erzählt eine Wänderung. Es wird zu Georg Kaisers „Protogonist“ Schnitzlers „Der grüne Kalaba“ (statt „Engel“) gespielt. Die Donnerstagsvorstellung wird in gleicher Weise abgeändert.

Im Thalia-Theater wird Dienstag der Schwanz „Haben Sie nichts zu verzollen“, am Mittwoch „Dr. Sieglitz“ zur Auf-führung gebracht.

Kunstgemeinde im Lobe-Theater. Für Serie B findet am Dienstag, für Serie C Mittwoch, für Serie D Donnerstag die folgende Vorstellung statt.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Sonnabend zum ersten Male „Der Tanz ins Glück“, Musik von Robert Stolz. Mit Hella Kürtin, Minna Lang, Grete Sedlich, Gertrud Westhäuser, Oskar Brandl, Richard Freymann, Ludwig Stöfel.

Bereinstalender.

Zentralverband der Schuhmacher, Verwaltungsstelle Breslau. Donnerstag, den 23. März 1922, abends 7 Uhr, in den Zentralhallen, Westendstraße 50/52, für alle in der Schuhindustrie und im Handwerk beschäftigten Personen außerordentliche Mitgliederversammlung. (Siehe Inserat.)

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Breslau. Mittwoch, den 22. März, nachmittags 6 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal.

Sattler, Tapezierer, Portefeinler. Verbandsversammlung im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal, am Donnerstag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr. 1. Lichtbildvortrag; 2. Verbandsbeitrags-erhebung. Die Frauen der Mitglieder sind eingeladen. Die Ortsverwaltung.

